

Sozialdienst zieht um

Biel Die räumlichen Bedingungen für den Bieler Sozialdienst sind katastrophal. Trotzdem hat der Stadtrat heftig über den geplanten Umzug der Abteilung Soziales debattiert, stimmte letztlich aber zu.

Lino Schaeren

Die Abteilung Soziales der Stadt Biel braucht neue Räumlichkeiten. Der heutige Standort ist nicht nur zu klein, er weist auch massive Sicherheitsmängel auf. Deshalb soll so rasch wie möglich ein Umzug erfolgen, vorgesehen ist die Einmietung in bestehende Gebäude der Alpine Finanz Immobilien AG auf der Esplanade. Dieses Vorhaben war gestern im Stadtrat allerdings alles andere als unbestritten. Sozial- und Sicherheitsvorsteher Beat Feuer (SVP) zeichnete an der gestrigen Sitzung deshalb ein düsteres Bild, um die herrschenden Mängel zu verdeutlichen: Es gebe in Biel unter den Sozialhilfebezügern «mehrere gewaltbereite Gefährder, bei denen wir nicht wissen, wann es zu einer Gewaltanwendung kommt». Die heutigen Beratungsräume würden über keine Fluchtwege für die Sozialarbeiter verfügen, diese seien Attacken schutzlos ausgeliefert. Erst vor zwei Wochen, so Feuer, habe man vor Ort zusammen mit der Kantonspolizei eine Bestandsaufnahme gemacht. Das Fazit der Spezialisten sei klar: «Die Polizei kann keine Unbedenklichkeitsklärung abgeben, im Gegenteil, aus ihrer Sicht ist der heutige Zustand sicherheitstechnisch nicht verantwortbar.»

Der Umzug des Sozialdienstes in die Gebäude der privaten Investorin auf der Esplanade ist Teil eines komplexen Geschäfts, das im Stadtzentrum eine Umwidmung, eine Landumlegung, ein Gebäudeverkauf und ein Baurechtsvertrag umfasst (das BT berichtete). Der Stadtrat stimmte letztlich deutlich zu – allerdings erst nach zweistündiger Debatte.

Mit der präsentierten Lösung zeigte sich niemand richtig zufrieden. Wieso reagiert der Gemeinderat erst jetzt,



«Im Sinne der Mitarbeiter»: Der Bieler Stadtrat stimmt dem Umzug der Abteilung Soziales letztlich deutlich zu.

NICO KOBEL

wenn die Situation auf der Abteilung doch seit Jahren dermassen prekär ist? Und: Wieso soll die Stadt einem profitorientierten Unternehmen jährlich fast eine Million Franken an Miete bezahlen, statt selber einen Ersatzbau zu kaufen – oder gar zu bauen? Der Rat einigte sich letztlich darauf, dass der Umzug des Sozialdienstes eine Übergangslösung sein soll. Und zwar eine möglichst kurze.

Ein taktisches Manöver

Vorausgegangen waren gleich zwei Rückweisungsanträge, einer von der SP, einer von der FDP. Die Genossen forderten die Unterbringung des Sozialdienstes in einem stadteigenen Gebäude, notfalls

ein neues zu erstellen. Und dies bis spätestens 2024. Die SP zog ihre Rückweisung an den Gemeinderat nach dem Statement von Feuer allerdings zurück, mit Rücksicht auf die Mitarbeiter der Abteilung, wie sie erklärte. Tatsächlich war der Antrag aber wohl von Beginn weg vor allem ein taktisches Manöver, um die vorbereitete Motion in Stellung zu bringen, die Anna Tanner (SP) nur Minuten später einreichte und die fordert, den Mietvertrag mit der Alpine Finanz Immobilien AG nach fünf Jahren zu kündigen, um eine eigene Lösung bereitzustellen.

Die FDP hingegen hielt an ihrer Rückweisung fest, mit der sie eben diesen Mietvertrag kritisierte: Die vereinbarte Miete von 245 Franken pro Quadratmeter sei viel zu hoch, weil sie die Amortisierung der Ausbauskosten, die für die Investoren anfallen, beinhaltet. Der Freisinn forderte ein anderes Finanzierungsmodell, etwa, dass die Stadt selber in die Räumlichkeiten investiert und dadurch eine tiefere Miete zahlen muss. Der Antrag blieb aber chancenlos.

Kommt zur Lösung mit dem AJZ?

Als der Stadtrat das Geschäft letztlich genehmigte, gab es von der Zuschauertribüne Applaus von den anwesenden Mitarbeiter des Sozialdienstes. Sie sollen, wenn alles nach Plan läuft, im November 2020 neue Räume beziehen können. Aber: Der gestrige Beschluss greift erst, wenn für die Überbauung auf der Esplanade eine rechtskräftige Baubewilligung der Alpine Finanz Immobilien AG vorliegt. Diese wird derzeit durch eine Beschwerde des Autonomen Jugendzentrums (AJZ) blockiert (das BT berichtete). Stadtpräsident Erich Fehr (SP) stellte nun aber in Aussicht, dass nächste Woche eine Einigung verkündet werden könnte: Die Streitparteien seien unter Vermittlung der Stadt erneut zusammengekommen.

Stadt sammelt weiterhin auch Gewerbeabfälle

Biel Der Bieler Gemeinderat hat sich dafür ausgesprochen, dass die Stadt auch weiterhin Abfälle von Unternehmen in 250 Angestellten oder mehr einsammelt. Dies, obwohl diese Abfälle seit Anfang Jahr nicht mehr als Siedungsabfälle gelten und deshalb nicht mehr unter der Entsorgungsmonopol der öffentlichen Hand fallen. Die Stadt wird den betroffenen Unternehmen entsprechende Angebote machen, wie sie mitteilte.

Weiter hat der Gemeinderat entschieden, die entsprechenden Gewerbeabfälle sollten weiterhin auf den bestehenden Sammeltouren eingesammelt und zusammen mit den übrigen Abfällen entsorgt oder einer Verwertung zugeführt werden. Damit solle insbesondere zu sätzlicher Schwerverkehr in den Quartieren vermieden werden, schreibt die Stadt in der Mitteilung. Buchhalterische werden die Monopol- und Nicht-Monopolabfuhr voneinander getrennt.

Hintergrund ist eine Änderung der einschlägigen Verordnung durch den Bund. Betroffen sind davon Unternehmen an rund 240 Standorten in der Stadt Biel. Sie dürfen seit dem 1. Januar ihre Abfälle nicht mehr der ordentlichen Müllabfuhr der Stadt übergeben. In Gegenzug darf die Stadt von den betroffenen Unternehmen keine Kebrüch grundgebühr mehr einfordern. *mt*

Nachrichten

Biel

Automobilist fährt in parkierte Fahrzeuge

Am Mittwochnachmittag hat ein Automobilist auf der Mettstrasse in Biel die Herrschaft über sein Fahrzeug verloren. Der Lenker prallte auf der Höhe der Liegenschaft Nummer 79 in parkierte Autos. Verletzt wurde niemand. *asb*

Biel